



Nationslage 2019

Trump entlastet, Mittelost und EU

Gespalten gaben sich Parteien beim Bericht zur Nationslage durch den 45. Präsidenten: Sprecherin Pelosi, die **Impeachment** anbahnte, **zerriss** am Report-Ende ihr von Donald J. Trump gegebenes Redeexemplar. War es Wut der Niederlage, zumal er morgens in Iowa mit 97% Kandidat seiner Partei für 2020 wurde? Am Folgetag, den 5. Februar, entlastet ihn der Senat, kein Machtmissbrauch 52:48 – keine Kongressbehinderung 53:47. Gegner kamen dahin nicht nahe 2/3 oder 67, was seit 48 Tagen absehbar war. Wahlverlierer wollten 2016 entwerten, 2020 „einleiten“, brachten jedoch Trump auf 49-53% Zustimmung (+10%). Er blieb stark, ging unbeirrt für Amerika voran. Eine versuchte **Rechtsbeugung** scheitert. Diese Demokratie gedeiht. Am 5. Februar trotz Nancy Pelosi, tags darauf den Text der „Unwahrheit“ zerrissen zu haben. Er sagte, unfair durch die Hölle ob korrupter Politiker und Beamter gegangen zu sein.

TWH Foto Instagram



Indes in Iowa Bernie Sanders als ein „demokratischer Sozialist“ aufkam, werden Wähler Anfang November bestimmen, ob und wie Trumps Partei siegt. **Untersuchungen**, wie die Muellers enthüllten viel Hass und Eifersucht. Der Griff nach Macht schien ein grenzenloser Angriff von oben zu sein. Viele wissen jetzt besser um Radikalsozialisten, Tiefstaatler und Medienleute. Zur Nation legte Präsident Trump dar, wie Amerikas dreijähriger Wirtschaftsboom wirkt. Auswärtig sprach er auch zu Mittelost-Islamismus; hier Notizen dazu.

Auszüge Präsident Trump zu Mittelost und Islamismus, Washington DC, 4. Februar 2020

Militär: Wiederaufbau durch boomende Wirtschaft, Etablierung der Space Force, 6. Zweig der Streitkräfte
Sicherheit: nationale Sicherheit, südlicher Grenzbau und Kampf gegen den radikalislamischen Terrorismus
Immigration: System nach Verdienst für jene, die **Regeln**, „unsere Werte“ und Selbstfinanzierung wahren
Mittelost-Kriege: US-Beteiligungen sollen dort beendet, die Truppen verantwortlich heimgeholt werden
Irak-Syrien: Sieg gegen IS-Territorialkalifat, Tod des Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi am 26. November
Israel-Palästina: Vision vom 28. Januar „Peace to Prosperity“ als Basis für bilateralen Pakt der Betroffenen
Iran: Sulaimanis Tod, Teheran muss Nukes-Terror aufgeben, Iraner wenden sich gegen oppressives Regime
Afghanistan: Fortschritte, laufende Friedensgespräche, keine US-Polizeifunktion, längsten Krieg beenden

Verglichen mit 2019 und 2018, bejahte er prinzipiellen **Realismus**. Hinzu kam, die **Nato** mehr in **Mittelost** zu befassen. Dies mag starten, wenn **Brexit** ein resolutes London gegen Iran erbringt. Premier Johnson schlug am 14. Januar vor, dem Atompakt zu entsagen, ihn durch einen „Trump Deal“ zu ersetzen. An dem Tag lösten die noch **E3** den Streitfall nach §36 aus, wollen aber den Pakt erhalten. EU-Außenchef Borrell verkennt den **defekten** Pakt als „Leistung“. **Unrealistisch** wie Angela Merkels **Fehler** #3, den sie nie zugibt. Wird Berlin weiter am 11. Februar die Islamistische Revolte von 1979 feiern, die so viel Leid erzeugte?

Ebenso lehnte Josep Borrell am 4. Februar die **US-Friedensinitiative** vom 28. Januar ab, da sie von „international vereinbarten Parametern“ abweiche wie Zwei-Staatenlösung auf „Linien von 1967“ und ein demokratischer Staat Palästina. Diese „Linien“ waren die eines Waffenstillstands, die keinen Rückhalt in Israel finden. Ein „demokratischer Staat“ könnte Dekaden meinen. Jerusalems Status und Annexionen lehnt er ab. Amerika und die EU sind zu Iran/Israel entzweit. Teheran mag Appeasement lieben, nicht so das revoltierende Volk.

Neue Unabhängigkeit

Durch Brexit hätten Briten ihre souveräne Autorität errungen und eine dreieinhalb jährige Debatte beendet, laut manchen gar 47-jährige. Heute, meinte Boris Johnson am 3. Februar in Greenwichs Old Royal Naval College, habe London in der Welthandelsorganisation die Kontrolle über seine Zolltarife zurückgenommen, einen Kokon verlassen. Adam Smith und David Ricardos unabdingbare Prinzip des komparativen Vorteils lehre, wenn Länder sich spezialisieren und austauschen, steigen Reichtum und Produktivität. Dazu folgerte Richard Cobden, Freihandel sei Gottes Diplomatie als sicher, die Menschen in Friedensfesseln zu vereinen. Je freier Waren Grenzen überqueren, umso unwahrscheinlicher tun dies Truppen.

Doch sollte sich Freihändler Johnson korrigieren, wenn er beklagte, dass Protektionisten Zölle wie Knüppel schwingen: zuweilen geht es nicht anders, die Partner zur Reziprozität zu bringen. Besser so als durchs Militär. Dies betrifft auch staatliche Subventionen, die den Markt verzerren. Wie er es betonte, gleiche Maßstäbe für alle. Ein Freihandelspakt bedeute nicht, dass man EU-Regeln für Wettbewerbspolitik, Subventionen, Sozialschutz, Umwelt oder ähnliches akzeptiere, genauso wenig wie die EU verpflichtet werde, britische Regeln anzunehmen. Er wolle ein Freihandelspakt nach kanadischem Muster. Aber für den kaum denkbaren Fall, dies verfehle, so müsse Handel auf dem Austrittspakt mit der EU basieren.

Drei EU-Wege

Er ist für pragmatische Pakte mit der EU über Sicherheit und Schutz der Bürger, ohne die Autonomie der jeweiligen Rechtssysteme zu verletzen. Das Königreich werde Ende 2020 unabhängiger Küstenstaat, der seine Gewässer kontrolliert. Die Fischereigründe seien vor allem für britische Schiffe. London erhalte souveräne Kontrolle über Grenzen und Einwanderung, Wettbewerbs- und Subventionsregeln, Beschaffungswesen und Datenschutz. Es kooperiere mit Europäern in Außen- und Verteidigungspolitik im **gemeinsamen** Interesse, wozu es nicht Pakt noch neuer Institution bedarf. Briten streben keine Mitgliedschaft oder Teilmitgliedschaft zur Zollunion oder andere Form der Angleichung an, um ein unabhängiger Akteur für globalen Freihandel im Geist ihrer seefahrenden Vorfahren zu bleiben.

Johnson sieht Länder der **A5**-Gruppe als Partner wie Amerika, Kanada und Australien. Er wählte **Steuersenkung** und zieht in drei Jahren an übrigen Europäern vorbei. Hingegen hat die EU27 drei Wege: sie baut ihre teure Eurokratie samt Scheinparlament und Gerichtshof ab, entfesselt Nationalstaaten; sie schrumpft durch **Exits** ins **Chaos** oder entpuppt sich ferner als **IOS7**-Gruppe, Islamistisch Orientierte Staaten. Wer Handel will, braucht weder übernationale Politikkommissare noch Kollektivzwang, siehe Josep Borrells **Außendienst**. Ein Unding, 27 Länder durch nicht gewählte Eurokraten auf *eine* Außenlinie zu trimmen. Viel wäre in Brüssel ab- und umzubauen, um ein legitim demokratisches Forum zu werden.

Berlin-Paris

Berlin und Paris wirken undemokratisch. Beide kränkeln antisemitisch, islamistisch. Manche reden von der **aufkeimenden** Islamischen Republik Frankreich. In **Deutschland** steht es **ähnlich**, zumal weder **Grenzen** noch **Außengrenzen** funktionieren. Thüringen traut Wählern nichts zu? Legitim **Gewählte** werden geächtet, unhaltbar Nazis gleichgestellt. Öffentlich-Rechtliche Anstalten sind Bürger bezahlte Arme der Kanzlerin. Ihre Mittelostpolitik wird **Beistand** für Potentaten, die in ihrer Präsenz **Imperien** in **Syrien** und **Libyen** erbauen. Berlin agiert schwach, will mit mehr **Asyl**, **Geld** oder der ineffektiven **UN** angehängte **Treffen** hebeln. Und seit 47 Wochen schlagen Polizisten Protestler auf Frankreichs Straßen. Arge Bilder gehen um. Wollen Berlin und Paris das Herz der EU bilden, ist dies krank: mit Brüssel als krummen, eurosklerotischen **Rückgrat**.

Wolfgang G. Schwanitz